

Ausländer- und Asylrecht

Verwaltungsverfahren - Prozess

Bearbeitet von
Dr. Reinhard Marx

3. Auflage 2016. Buch mit CD-ROM. Rund 650 S. Mit CD-ROM. Hardcover

ISBN 978 3 8487 2042 2

Format (B x L): 17,3 x 24,5 cm

[Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Ausländerrecht, Asyl,
Staatsangehörigkeit](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, red, sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three red dots of increasing size. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NomosFormulare

Marx [Hrsg.]

Ausländer- und Asylrecht

Verwaltungsverfahren | Prozess

3. Auflage



Nomos

NomosFormulare

Dr. Reinhard Marx [Hrsg.]

Ausländer- und Asylrecht

Verwaltungsverfahren | Prozess

3. Auflage

Dr. Stephan Hocks, Rechtsanwalt, Frankfurt/Main | **Tim W. Kliebe**, Rechtsanwalt, Frankfurt/Main | **Dr. Matthias Lehnert**, Rechtsanwalt, Berlin | **Dr. Reinhard Marx**, Rechtsanwalt, Frankfurt/Main | **Berthold Münch**, Rechtsanwalt, Heidelberg | **Bernward Ostrop**, LL.M. (London), Rechtsanwalt, Berlin | **Klaus-Peter Stiegeler**, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Freiburg



Nomos

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-2042-2

3. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Autorenverzeichnis

Dr. Stephan Hocks

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Tim W. Kliebe

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Dr. Matthias Lehnert

Rechtsanwalt, Berlin

Dr. Reinhard Marx

Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

Berthold Münch

Rechtsanwalt, Heidelberg

Bernward Ostrop, LL.M. (London),

Rechtsanwalt, Berlin

Klaus-Peter Stiegeler

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Freiburg

Inhaltsübersicht

Vorwort zur dritten Auflage	5
Autorenverzeichnis	7
Musterverzeichnis	19
Abkürzungsverzeichnis	25
Literaturverzeichnis	43
Teil 1 Aufenthaltsrecht	45
§ 1 Ersterteilung eines Aufenthaltstitels	45
A. Visumverfahren	45
I. Beantragung eines Visums	45
II. Ablehnung des beantragten nationalen Visums / Verwaltungsstreitverfahren ...	57
B. Ausnahmen vom Visumverfahren	66
I. Sachverhalt / Lebenslage	66
II. Prüfungsreihenfolge	67
III. Muster: Antrag auf Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis mit Zweckwechsel	67
IV. Erläuterungen	68
V. Fehlerquellen / Haftungsfallen	68
VI. Weitergehende Hinweise	69
C. Statusumwandlung	70
I. Umwandlung eines illegalen Status in einen legalen Status nach §§ 27 ff. AufenthG	70
II. Umwandlung eines illegalen Status in einen legalen Status nach § 25 a und § 25 b AufenthG, weitere Bleibeperspektiven gem. § 60 a AufenthG	76
§ 2 Verlängerung und Verfestigung eines Aufenthaltstitels	89
A. Verlängerung	89
I. Versäumung des fristgerechten Verlängerungsantrags / vorläufiger Rechtsschutz	89
II. Prüfung der Ersterteilungsvoraussetzungen bei Verlängerung	96
B. Verfestigung / Niederlassungserlaubnis	100
I. Sprachkompetenz und Altfälle	100
II. Altersvorsorge / Ausnahmen	106
III. Unterbrechung des rechtmäßigen Aufenthaltes	109

Inhaltsübersicht

§ 3 Nachzug	115
A. Ehegattennachzug (§§ 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, 30 AufenthG)	115
I. Eheschließungsfreiheit / Verlöbnis	115
II. Zwecküberprüfung	121
III. Allgemeine und spezielle Nachzugsvoraussetzungen (§ 5 Abs. 1, 2, § 29 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)	128
IV. „Scheinehe“ / Rücknahme / Ausweisung / vorläufiger Rechtsschutz	135
V. Auflösung der ehelichen Lebensgemeinschaft / nachträgliche Befristung nach § 7 Abs. 2 S. 2 AufenthG / vorläufiger Rechtsschutz	143
B. Kindernachzug	151
I. Probleme im Zusammenhang mit der Altersbegrenzung	151
II. Verfestigung, Auflösung der familiären Lebensgemeinschaft vor Erreichen der Volljährigkeit / Auszug vor Erreichen der Volljährigkeit	156
III. Wegnahme des Passes der Tochter durch den Vater während des Urlaubes im Herkunftsland	161
C. Aufenthaltserlaubnis des nichtehelichen Elternteils eines Kindes	169
I. Unterscheidung zwischen § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 und § 28 Abs. 1 S. 4 AufenthG	169
II. Aufenthaltsrecht für Elternteil eines nichtdeutschen Kindes, dessen anderer Elternteil über ein verfestigtes Aufenthaltsrecht verfügt (Art. 6 Abs. 1 und 2 GG, § 60 a Abs. 2, 25 Abs. 5 AufenthG)	175
III. Aufenthaltsrechtliche Bedeutung der Vaterschaftsanerkennung	181
§ 4 Aufenthaltstitel zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit	187
A. Einreise zur Erwerbstätigkeit (§ 18 bis § 21 AufenthG)	187
I. Aufenthaltstitel nach § 18 AufenthG iVm § 2 Abs. 3 Beschäftigungsverordnung (BeschV)	187
II. Aufenthaltstitel zur selbstständigen Erwerbstätigkeit gem. § 21 AufenthG	192
B. Beschäftigungserlaubnis nach § 4 Abs. 2 S. 3 AufenthG	197
I. Zugang zum Arbeitsmarkt für Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis zu sonstigen Zwecken	197
II. Beschäftigungserlaubnis für einen geduldeten Ausländer	206
§ 5 Ausweisung / Verlust EU-Freizügigkeitsrecht	216
A. Ausweisung nach § 53 Abs. 1 AufenthG	216
I. Sachverhalt / Lebenslage	216
II. Prüfungsreihenfolge	219
III. Muster	224

IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	244
V. Weiterführende Hinweise	245
B. Besonderer Ausweisungsschutz für Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge, türkische Arbeitnehmer im Sinne des ARB 1/80 und EU-Daueraufenthaltsberechtigte (§ 53 Abs. 3 AufenthG)	250
I. Sachverhalt / Lebenslage	250
II. Prüfungsreihenfolge	251
III. Muster	254
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	256
V. Weiterführende Hinweise	256
C. Verlust des Freizügigkeitsrecht bei Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen	257
I. Sachverhalt / Lebenslage	257
II. Prüfungsreihenfolge	258
III. Muster	260
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	263
V. Weiterführende Hinweise	263
§ 6 Befristung des Einreise- und Aufenthaltsverbotes	265
A. Befristung Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 AufenthG	265
I. Sachverhalt / Lebenslage	265
II. Prüfungsreihenfolge	266
III. Muster	274
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	280
V. Weiterführende Hinweise	281
B. Befristung Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 7 Abs. 2 S. 2 FreizügG / EU bei Unionsbürgern und ihren Familienangehörigen	281
I. Sachverhalt / Lebenslage	281
II. Prüfungsreihenfolge	282
III. Muster	282
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	286
V. Weiterführende Hinweise	287

Inhaltsübersicht

Teil 2 Einbürgerungsrecht	289
§ 7 Rechtsanspruch (§ 10 StAG)	289
A. Anrechnungsfähige Aufenthaltszeiten (§ 10 Abs. 1 S. 1 StAG)	289
I. Sachverhalt / Lebenslage	289
II. Prüfungsreihenfolge	289
III. Muster: Stellungnahme an die Einbürgerungsbehörde	294
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	295
V. Weiterführende Hinweise	296
B. Sprachkenntnisse (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 6 StAG)	301
I. Sachverhalt / Lebenslage	301
II. Prüfungsreihenfolge	301
III. Muster: Widerspruchsschreiben an die Einbürgerungsbehörde	306
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	307
V. Weiterführende Hinweise	307
C. Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 StAG)	308
I. Sachverhalt / Lebenslage	308
II. Prüfungsreihenfolge	308
III. Muster: Klage auf Verpflichtung zur Erteilung einer Einbürgerungszusicherung	314
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	317
V. Weiterführende Hinweise	318
D. Einbürgerungszusicherung / nachträgliche einbürgerungsschädliche Entwicklungen (Lebensunterhalt)	320
I. Sachverhalt / Lebenslage	320
II. Prüfungsreihenfolge	320
III. Muster: Klage auf Feststellung des Bestandes der Einbürgerungszusicherung ..	323
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	324
V. Weiterführende Hinweise	325
E. Mehrstaatigkeit / Entlassungsverfahren (§§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 4, 12 StAG)	328
I. Sachverhalt / Lebenslage	328
II. Prüfungsreihenfolge	328
III. Muster: Schreiben an Mandanten zur isolierten Einbürgerung ihrer Tochter türkischer Staatsangehörigkeit	333
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	336

V. Weiterführende Hinweise	337
F. Miteinzubürgernder Ehegatte und Kinder / Straftaten	
(§ 10 Abs. 2, Abs. 1 Nr. 4 und Nr. 6 StAG)	339
I. Sachverhalt / Lebenslage	339
II. Prüfungsreihenfolge	339
III. Muster: Klage auf Verpflichtung zur Miteinbürgerung	344
IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	348
V. Weiterführende Hinweise	348
§ 8 Ermessenseinbürgerung und Erwerb der Staatsangehörigkeit nach ius soli	351
A. Ermessenseinbürgerung (§§ 8, 9 StAG)	351
I. Anrechnungsfähige Aufenthaltszeiten	351
II. Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse: Sprachkenntnisse	361
III. Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung	367
IV. Deutschverheiratete Einbürgerungsbewerber (§ 9 StAG) / Miteinbürgerung eines Kindes (§ 8 StAG)	375
V. Hinnahme von Mehrstaatigkeit / Klärung der Identität	385
B. Staatsangehörigkeit durch Geburt bei ausländischen Eltern	
(§ 4 Abs. 3 S. 1 StAG)	392
I. Erwerb	392
II. Option	398
III. Verlust	405
C. Rücknahme (§ 35 StAG)	409
I. Sachverhalt / Lebenslage	409
II. Prüfungsreihenfolge	409
III. Besondere Beratungshinweise	414
IV. Muster: Schreiben an die Einbürgerungsbehörde	414
V. Fehlerquellen / Haftungsfallen	416
VI. Weiterführende Hinweise	416
Teil 3 Asylrecht	419
§ 9 Antrag auf Asyl (§ 13 AsylG)	419
A. Asylantrag ohne Dublinrelevanz	419
I. Sachverhalt / Lebenslage	419
II. Prüfungsreihenfolge	419
III. Muster	430

Inhaltsübersicht

IV. Fehlerquellen / Haftungsfallen	436
V. Weiterführende Hinweise	437
B. Antrag auf Asyl mit Dublinbezug	448
I. Sachverhalt / Lebenslage	448
II. Prüfungsreihenfolge	449
III. Muster: Klage und Eilrechtsschutzantrag gegen die Abschiebungsanordnung	452
IV. Fehlerquellen	454
V. Weitergehende Hinweise	456
 § 10 Klage und Eilrechtsschutzantrag wegen Asylanerkennung, Flüchtlingsstatus und subsidiärer Schutz	 465
A. Sachverhalt / Lebenslage	465
B. Prüfungsreihenfolge	465
I. Prüfung der Rechtsmittelfristen	465
II. Klageeinreichung und Stellung des Eilrechtsschutzantrags	468
III. Formelle Erfordernisse der Klageeinreichung und Antragstellung	473
IV. Begründungsfrist	476
C. Muster	483
I. Muster: Klage und Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	483
II. Begründung des Klage- und Eilrechtsschutzantrags	484
D. Fehlerquellen / Haftungsfallen	486
I. Erhöhte anwaltliche Sorgfaltspflicht bei telefonischer Kontakthanbahnung	486
II. Besonders sorgfältige Überprüfung des Zustellungsdatums	486
III. Anwaltliche Sorgfaltspflichten bei der Diktatausführung und Ausgangskontrolle	487
IV. Überflüssige Anträge	488
V. Bei qualifizierter Antragsablehnung stets Klage und Eilrechtsschutz binnen Wochenfrist	488
VI. Wenn Verlängerung der Begründungsfrist offen, stets Eilrechtsschutzantrag binnen Wochenfrist begründen	488
VII. Überprüfung der gerichtlichen Eingangsverfügung	489
E. Weiterführende Hinweise	490
I. Erläuterungen zum Muster Klageerhebung und Eilrechtsschutzantrag	490
II. Erläuterungen zur Begründung der Klage wie des Eilrechtsschutzantrags	495

III. Voraussetzungen des Art. 33 Abs. 2 GFK (§ 60 Abs. 8 S. 1 AufenthG)	498
§ 11 Klage und Eilrechtsschutzantrag wegen Nichtdurchführung eines weiteren Asylverfahrens (Asylfolgeantrag nach § 71 AsylG)	500
A. Sachverhalt / Lebenslage	500
B. Prüfungsreihenfolge	500
I. Prüfung der Rechtsmittelfristen	500
II. Klageeinreichung und Stellung des Eilrechtsschutzantrags	501
C. Muster einschließlich Begründung / Argumentationsmuster	509
I. Muster: Klageantrag wegen internationalem Schutz	509
II. Muster: Begründung der Klage auf Verpflichtung zur Gewährung von internationalem Schutz	509
III. Muster: Eilrechtsschutzantrag	511
IV. Begründung des Eilrechtsschutzantrags	511
D. Fehlerquellen / Haftungsfallen	512
I. Persönliche Vorsprache bei der zuständigen Außenstelle	512
II. Besondere Begründungspflicht zur zwischenzeitlichen Ausreise	513
III. Kein Folgeantrag anstelle des Abänderungsantrags	514
E. Weiterführende Hinweise	515
I. Erläuterungen zum Klageantrags-Muster	515
II. Erläuterungen zur Klagebegründung	517
III. Erläuterungen zum Eilrechtsschutzantrag	532
IV. Zweistufigkeit des Verwaltungsverfahrens beim Folgeantrag	535
V. Neue Beweismittel (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 VwVfG)	536
§ 12 Beweisantrag im Asylprozess	544
A. Sachverhalt / Lebenslage	544
B. Prüfungsreihenfolge	545
I. Fristenprüfung	545
II. Mandatierung	545
III. Vorbereitung mündliche Verhandlung	545
IV. Vorbesprechung mit Mandanten	548
C. Muster	548
D. Mündliche Verhandlung	552
E. Beweisantrag	557
I. Allgemeines	557

Inhaltsübersicht

II. Förmliche Antragstellung in der mündlichen Verhandlung	558
III. Keine hilfsweise Antragstellung	559
IV. Inhaltliche Anforderungen an den Beweisantrag	560
V. Fehlerquellen beim Beweisantrag im Asylprozess	566
F. Erläuterungen zum Muster „Beweisantrag zur Einholung eines Sachverständigengutachtens“ – Darlegung der Tatsachenfrage, über die Beweis erhoben werden soll	568
I. Präzise Formulierung der Beweisfrage	568
II. Beweisantrag erstmalige Einholung eines Sachverständigengutachtens	568
III. Beweisantrag auf Einholung eines weiteren Gutachtens	569
IV. Ermessensverdichtung	569
V. Darlegung der veränderten Sachlage	570
VI. Darlegung der fehlenden eigenen Sachkunde des Verwaltungsgerichts	571
VII. Ordnungsgemäße Einführung der Erkenntnisse und Rügeerfordernis	571
VIII. Antrag auf Ladung des Sachverständigen	572
G. Echtheitsüberprüfung von Urkunden (§ 96 Abs. 1 S. 2 VwGO, §§ 438 ZPO)	572
I. Anforderungen an Beweisantrag	573
II. Muster: Beweisantrag auf Einholung eines Sachverständigengutachtens zur Echtheitsprüfung einer Urkunde	574
H. Zeugenbeweis (§ 96 Abs. 1 S. 2 VwGO, §§ 373–401 ZPO)	574
I. Funktion des Zeugenbeweis im Asylprozess	574
II. Geeignetheit des Zeugenbeweises	575
III. Vernehmung eines im Ausland lebenden Zeugen	575
IV. Unerreichbarkeit des Zeugen	576
V. Muster: Beweisantrag auf Zeugenvernehmung	576
VI. Weiterführende Hinweise	577
§ 13 Zulassungsantrag (§ 78 Abs. 4 AsylG)	578
A. Gehörsrüge (§ 78 Abs. 3 Nr. 3 AsylG iVm § 138 Nr. 3 VwGO)	578
I. Allgemeines	578
II. Sachverhalt / Lebenslage	578
B. Prüfungsreihenfolge	579
I. Zulassungsantrag § 78 Abs. 4 AsylG	579
II. Frist	579
III. Anwaltszwang	580
IV. Antragstellung beim Verwaltungsgericht	580

V. Gehörsrüge	580
VI. Voraussetzungen der Gehörsrüge	581
VII. Muster	582
C. Fehlerquellen	588
I. Allgemeine Funktion und Fallstricke der Zulassungsrügen	588
II. Möglicher Rügeverlust	588
III. Unklare Darlegung	588
IV. Fehler bei der Tatsachenfeststellung oder Beweiswürdigung	589
V. Mehrere tragende Gründe	589
D. Weiterführende Hinweise	589
I. Unterschied zwischen § 78 Abs. 3 und § 124 Abs. 2 VwGO	589
II. Nicht ordnungsgemäß eingeführte Erkenntnismittel	590
E. Grundsatzrüge (§ 78 Abs. 3 Nr. 1 AsylG)	591
I. Sachverhalt / Lebenslage	591
II. Prüfungsreihenfolge	592
III. Muster: Zulassungsantrag Grundsatzrüge	592
F. Fehlerquellen	596
I. Einzelfallwürdigung statt Grundsatzrüge	596
II. Überholtes, auslaufendes oder ausgelaufenes Recht	596
III. Ist die Grundsatzfrage tragend?	596
G. Weiterführende Hinweise	597
I. Bezeichnung der Grundsatzfrage	597
II. Darlegung der Klärungsbedürftigkeit der Grundsatzfrage	599
III. Darlegung der Verallgemeinerungsfähigkeit der Grundsatzfrage	600
IV. Darlegung der Entscheidungserheblichkeit	600
V. Grundsätzliche Bedeutung durch Divergenz	601
 Stichwortverzeichnis	 603